

## Das heimliche Herz der deutschen Wirtschaft



**Mid Caps.** Die großen Mittelständler sind typisch deutsch und tauchen doch in kaum einer Statistik auf. Deswegen fallen sie oft durchs Raster der Politik. Der iwd schließt die statistische Lücke – und zeigt, worauf es wirtschaftspolitisch ankommt, wenn das heimliche Herz der deutschen Wirtschaft weiter kräftig schlagen soll.

—> [Seiten 2-4](#)

### **Weltwirtschaft**

Politische Konflikte können die Wirtschaft eines Landes erheblich in Mitleidenschaft ziehen. Das verdeutlichen Beispiele wie Libyen oder die Ukraine.

—> [Seiten 6-7](#)

### **Fahrradindustrie**

Die Bundesbürger geben immer mehr Geld für neue Fahrräder aus, vor allem E-Bikes sind beliebt. Die deutschen Hersteller profitieren vom Velo-Boom aber kaum.

—> [Seiten 10-11](#)

# 14.000 Unbekannte

**Mid Caps.** Statistisch werden sie eher stiefmütterlich behandelt – die mittelgroßen Unternehmen mit 250 bis 3.000 Mitarbeitern. Damit das heimliche Herz der deutschen Wirtschaft künftig nicht langsamer schlägt, sollte es stärker in den Fokus der Politik rücken.

In ihrer jeweiligen Branche kennt man sie – aber fast nur dort. Sie heißen zum Beispiel: Röders, Wälzholz oder Schubert & Salzer. Sie produzieren: unter anderem hochpräzise Maschinenteile, Stahlprofile und Messtechnik. Und sie sind typisch deutsche Mittelständler – nicht klein, aber auch nicht groß, sondern Unternehmen mit 250 bis 3.000 Beschäftigten, auch Mid Caps genannt. Oft sind sie in Familienhand und eigentümergeführt, manche aber auch börsennotierte Aktiengesellschaften.

Was viele hiesige Mid Caps außerdem verbindet, ist ihr Status als heimlicher Weltmarktführer: Insbesondere der große industrielle Mittelstand bietet hoch spezialisierte Produkte und erzielt rund die Hälfte seines Umsatzes mit dem Auslandsgeschäft. Zielgerichtete Innovationen sind essenziell, um den Vorsprung vor der aufstrebenden internationalen Konkurrenz zu erhalten.

Hierzulande waren die mittelgroßen Unternehmen in den vergangenen Jahren die Shootingstars schlechthin, wie eine aktuelle Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigt (Grafik Seite 3):

**Deutschland zählte 2016 genau 14.091 Mid Caps – im Vergleich zum Jahr 2003, als das Unternehmensregister des Statistischen Bundesamts aufgebaut wurde, war das ein Zuwachs um fast 38 Prozent.**

Die Zahl der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit weniger als 250 Mitarbeitern ist mit fast 3,5 Millionen zwar wesentlich höher, hat sich aber seit 2003 nur um knapp 10 Prozent erhöht und war zuletzt sogar rückläufig. Auch die vergleichsweise winzige Gruppe der Großunternehmen mit mehr als 3.000 Beschäftigten verzeichnete nur ein Wachstum von rund 23 Prozent auf nunmehr 539 Firmen.

Beeindruckend ist auch der Beschäftigungsaufbau der Mid Caps:

**Die mittelgroßen Unternehmen hatten 2016 gut 8,9 Millionen Mitarbeiter – und damit 40 Prozent mehr als 2003.**

Im selben Zeitraum stieg die Zahl der Stellen in Klein- und Großunternehmen gerade mal halb so stark – jeweils um gut 21 Prozent.

So richtig mitbekommen haben den Boom der Mid Caps allerdings nur Experten, denn die üblichen Statistiken unterscheiden lediglich zwischen KMU und Großunternehmen. Dabei ist es sehr aufschlussreich, weiter ins Detail zu gehen:

- **In der Kategorie der mittleren Mid Caps** mit 1.000 bis 2.000 Mitarbeitern ist sowohl die Zahl der Unternehmen als auch die der Beschäftigten seit 2003 um mehr als 50 Prozent gestiegen.
- **Die kleineren Mid Caps** mit 250 bis 1.000 Beschäftigten haben ebenfalls stark zugelegt: Fast 2.900 neue Unternehmen und 1,3 Millionen neue Jobs binnen 13 Jahren sprechen eine Sprache für sich. Zum Vergleich: In den Großunternehmen sind im selben Zeitraum „nur“ 960.000 Arbeitsplätze entstanden.

Knapp ein Drittel der Mid Caps gehört zum Verarbeitenden Gewerbe, zum Bergbau, zur Energie- und Wasserversorgung sowie zur Entsorgung (Grafik Seite 3). Aber auch andere Wirtschaftszweige bieten Potenzial für mittelgroße Unternehmen: Das Gesundheits- und Sozialwesen und die weiteren persönlichen Dienstleistungen sind der zweitwichtigste Sektor, an dritter Stelle folgen die wirtschaftsnahen Dienstleistungen.

Zwar werden die Mid Caps in den deutschen und den EU-Statistiken nur unzureichend erfasst, dennoch sind sie durch ihre Exportstärke von immenser wirtschaftlicher Bedeutung für Deutschland. Umso besorgniserregender ist der zuletzt schwindende Anteil forschender und innovativer Unternehmen, den verschiedene Studien diagnostizieren.

Wirtschaftspolitisch lässt sich dem durchaus entgegenwirken. Eine steuerliche Forschungsförderung wird seit Jahren diskutiert und nun auch von der Großen Koalition angepeilt. Beschränkt sie sich jedoch auf die KMU, bleibt das heimliche Herz der deutschen Wirtschaft außen vor (siehe Kommentar Seite 4).

**IW policy paper 4/2018**

Klaus-Heiner Röhl: Mid Caps – der große Mittelstand  
[iwkoeln.de/midcaps](http://iwkoeln.de/midcaps)

## Mid Caps: Neue Unternehmen, neue Jobs

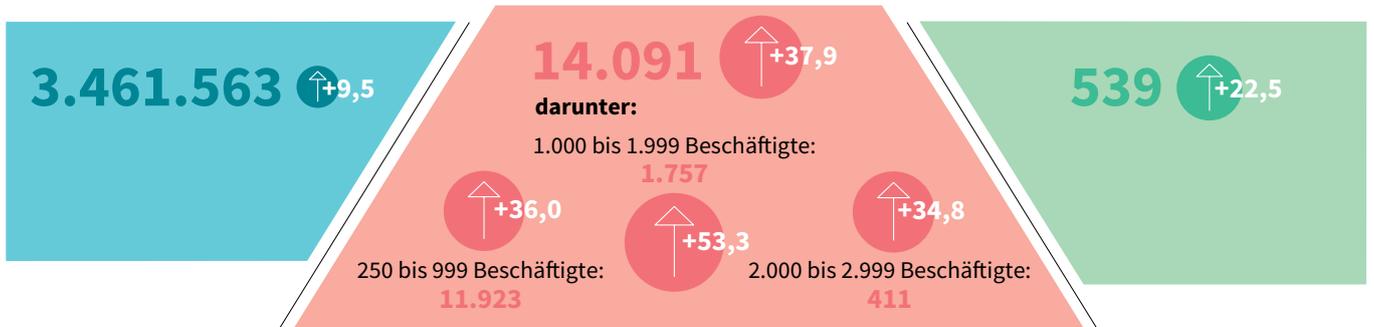
↑ Veränderung gegenüber 2003  
in Prozent



### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Jahr 2016 in 1.000



### Zahl der Unternehmen im Jahr 2016

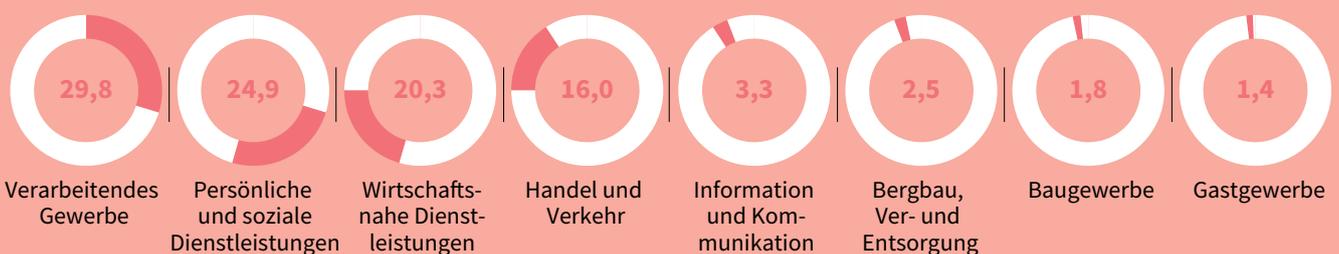


Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt  
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

## Mid Caps: Mehr als Industrie

So viel Prozent der Mid-Cap-Unternehmen gehörten im Jahr 2016 diesem Wirtschaftszweig an



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt  
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

**Kommentar.** Zu vielen Förderprogrammen haben Deutschlands Mid Caps keinen Zugang, weil sie nicht mehr in die EU-Kategorie „Kleine und mittlere Unternehmen“ fallen. Wie sich das ändern lässt und was die Wirtschaftspolitik noch für mittelgroße Unternehmen tun kann, skizziert **Klaus-Heiner Röhl**, Mittelstandsexperte des Instituts der deutschen Wirtschaft, im iwd-Kommentar.



Foto: Roth

## „EU-Definition benachteiligt deutsche Mid Caps“

Deutschland verdankt einen großen Teil seiner wirtschaftlichen Stärke und Exporterfolge dem Mittelstand. Doch ein mittelgroßes Unternehmen ist in Deutschland etwas anderes als in den meisten anderen Ländern der Europäischen Union: Die Obergrenze der EU für kleine und mittlere Unternehmen, die sogenannten KMU, liegt bei 250 Beschäftigten. Hierzulande gibt es jedoch Tausende Firmen jenseits dieser Grenze, die längst keine Großkonzerne sind, sondern typisch mittelständisch – nämlich eigentümergeführt.

Dass so viele deutsche Mittelständler aus der EU-Definition herausfallen, gereicht ihnen zum Nachteil: Zahlreiche Förderprogramme sind nur auf KMU zugeschnitten, zudem müssen Mid Caps bereits viele Auflagen erfüllen, die eigentlich auf Großunternehmen abzielen.

Wer den deutschen Mittelstand stärken will – und das ist angesichts seiner Wachstumsraten wirtschaftspolitisch sinnvoll –, sollte darauf hinwirken, dass in der EU künftig Unternehmen mit bis zu 500 Mitarbeitern als KMU gelten. Doch damit ist es noch nicht getan: Auch Mid Caps mit bis zu 3.000 Beschäftigten oder zumindest größere Familienunternehmen sollten an den EU-Programmen etwa zur regionalen Entwicklung partizipieren dürfen und von nationalen Programmen nicht ausgeschlossen werden.

Wenn die Große Koalition zum Beispiel eine steuerliche Forschungsförderung einführt, aber auf KMU beschränkt, würde der so wichtige Anreiz für mehr Forschung und Entwicklung ausgerechnet dem vielversprechendsten Teil der deutschen Wirtschaft vorenthalten. Denn den Mid Caps fehlt der Zugang zu finanziellen

Mitteln, wie ihn Großunternehmen haben. Zudem verfügen sie meist nicht über eigene Forschungslabore, sind aber auf stetige Innovationen angewiesen.

Ein weiterer Ansatzpunkt, um den großen Mittelstand in Deutschland zu stärken, ist das Vermeiden unnötiger Bürokratie. Deutschland sollte standardmäßig überprüfen, wie sich neue Gesetze auf den Mittelstand auswirken. Ein solcher Mittelstandstest dürfte sich allerdings nicht auf die definitorischen KMU beschränken, sondern müsste den größeren Mittelstand einbeziehen.

So viel Bürokratie wie nötig, aber eben auch so wenig wie möglich – um diesem Ideal näher zu kommen, sollten außerdem die Möglichkeiten des E-Governments ausgebaut werden. Die verstärkte Online-Abwicklung von Genehmigungsverfahren und Meldungen an diverse Ämter würde gerade den expandierenden Mid Caps die Geschäfte erleichtern.

Auf den Prüfstand gehören zudem die sogenannten Schwellenwerte, also Mitarbeitergrenzen, ab denen Unternehmen spezielle Anforderungen erfüllen müssen. So sind schon ab 500 Beschäftigten zwei Mitarbeiter komplett für einen Betriebsrat freizustellen, ab 900 Beschäftigten sind es sogar drei.

Auf den hiesigen Mittelstand kommen mit der voranschreitenden Digitalisierung und der Entstehung der Industrie 4.0 immense Herausforderungen zu. Und der sich verschärfende Fachkräftemangel gerade in ländlichen Regionen, wo viele Mittelständler ihren Sitz haben, macht es nicht einfacher. Jede Entlastung kann da nur helfen. Und der Staat muss endlich seine Hausaufgaben in Sachen digitaler Infrastruktur machen.

# Ausländische Fachkräfte gesucht

**Zuwanderung.** Schon heute wird ein bedeutender Teil der neu geschaffenen Jobs in Deutschland mit Ausländern besetzt. Und der Bedarf an ausländischen Fachkräften steigt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels weiter.

In vielen Altenheimen, Schulen und Industrieunternehmen sind qualifizierte Mitarbeiter bereits Mangelware. Diese Fachkräftengpässe werden sich in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Wenn die geburtenstarken Babyboomer-Jahrgänge in Rente gehen, stehen nämlich nicht genügend junge Menschen zur Verfügung, die diese Lücken füllen könnten.

Vor diesem Hintergrund ist Deutschland auf Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen. Ein bedeutender Teil des Beschäftigungsaufbaus konnte schon jetzt nur mithilfe von Zuwanderern gelingen:

**Zwischen 2012 und 2017 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Bundesrepublik um 2,88 Millionen gestiegen – darunter waren 1,28 Millionen Ausländer.**

Die meisten von ihnen – knapp 890.000 – stammten aus der EU, 390.000 waren Drittstaatenangehörige. Bei Letzteren handelt es sich allerdings um eine recht heterogene Gruppe, wie ein Blick auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zeigt (Grafik):

**Zuwanderer aus Indien und China arbeiten in Deutschland besonders oft in akademischen Berufen, während Beschäftigte aus den Balkanstaaten, der Türkei und aus Flüchtlingsherkunftsländern wesentlich häufiger als Helfer arbeiten.**

Die Anforderungsniveaus sind deshalb so bedeutsam, weil in Deutschland vor allem gut qualifizierte Fachkräfte gesucht werden – insbesondere im MINT- und im Gesundheitsbereich. Der Bedarf an an- und ungelerten Beschäftigten dürfte dagegen wohl auch langfristig mit Inländern und Flüchtlingen gedeckt werden können.

Um die Zuwanderung gut ausgebildeter Fachkräfte aus Drittstaaten zu fördern, sind zwei Punkte relevant:

**Erstens** sollten die Kriterien für die Vergabe von Aufenthaltstiteln transparenter gestaltet werden.

**Zweitens** sollte Deutschland nicht allein auf die Erwerbszuwanderung setzen, sondern verstärkt junge Menschen aus Nicht-EU-Ländern für eine betriebliche oder hochschulische Ausbildung und einen späteren Verbleib in Deutschland gewinnen.

## IW-Kurzbericht 20/2018

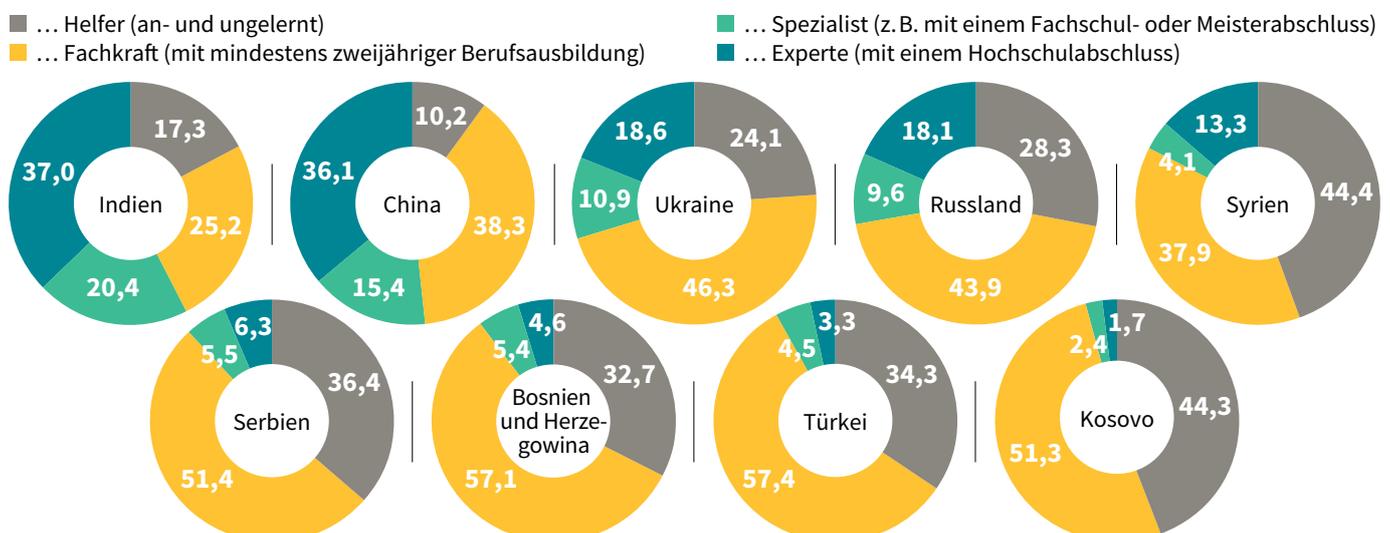
Wido Geis: Zuwanderung – Fachkräfte aus Drittstaaten  
[iwkoein.de/zuwanderung](http://iwkoein.de/zuwanderung)



Eine Langfassung dieses Artikels finden Sie auf [iwd.de](http://iwd.de)

## Zuwanderer: Diese Jobs machen sie

So viel Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus Nicht-EU-Ländern arbeiteten im Juni 2017 in Deutschland als ...



Rest zu 100: keine Angabe; Beschäftigte aus Nicht-EU-Ländern: nur Länder mit mehr als 35.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland

# Konflikte kosten Wohlstand

**Weltwirtschaft.** Eskalierende Konflikte wie in Libyen oder der Ukraine schwächen diese Länder auch wirtschaftlich – Exporte und Importe brechen ein, Investitionen und Staatseinnahmen bleiben aus. Eine Studie des IW untersucht das Ausmaß dieser Verluste und fragt, ob auch der deutsche Außenhandel darunter leidet.

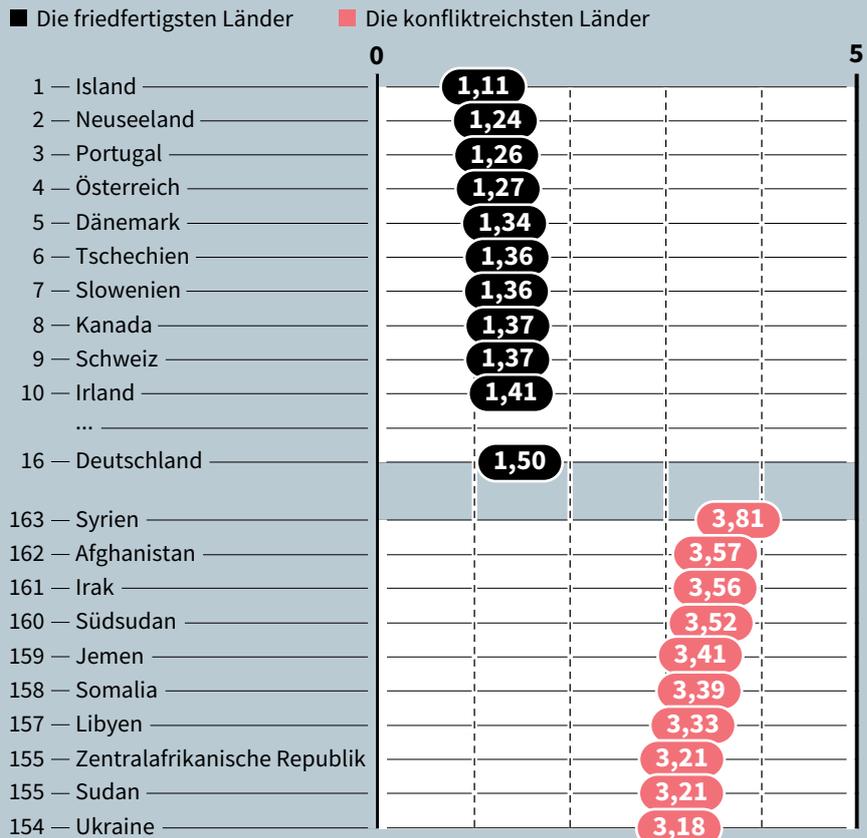
Unsicherheit ist Gift für die Wirtschaft. Wenn Unternehmen nicht wissen, ob an ihren Standorten – sei es am Stammsitz oder im Ausland – Gesetze eingehalten werden, Freiheitsrechte gewährleistet sind und die Wirtschaftspolitik einen verlässlichen Kurs fährt, investieren sie im Zweifelsfall weniger oder gar nicht. Damit werden Wachstumschancen vergeben und es entstehen weniger Arbeitsplätze.

Besonders deutlich wird dies im Fall nationaler und internationaler Konflikte, die schlimmstenfalls zu Kriegen eskalieren. Die Folgen tragen in erster Linie die betroffenen Länder selbst, doch die wirtschaftlichen Konsequenzen treffen auch unbeteiligte Staaten – zum Beispiel, wenn ein Krisenland wichtige Rohstoffe nicht mehr liefert oder als Absatzmarkt wegbricht.

In welchem Ausmaß politische Konflikte die Wirtschaft in Mitleidenschaft ziehen können, hat das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) nun auf der Basis des Weltfriedensindex näher untersucht. Dieser bewertet die einzelnen Länder anhand von Indikatoren wie der Zahl und der Dauer von Konflikten, dem Niveau der Gewaltkriminalität sowie den Militärausgaben auf einer Skala von 1 bis 5, wobei ein höherer Wert

## Der Weltfriedensindex 2017

Der Weltfriedensindex (Global Peace Index) bewertet auf einer Skala von 1 bis 5 die Friedfertigkeit von Ländern anhand von 23 Einzelindikatoren aus den Bereichen „Laufende interne und internationale Konflikte“, „Gesellschaftliche Sicherheit“ und „Militarisierung“



Quelle: Institute for Economics and Peace © 2018 IW Medien / iwd



eine höhere Konfliktneigung bedeutet (Grafik):

**Mit rund 3,8 Punkten ist Syrien im Weltfriedensindex 2017 das konfliktreichste der 163 untersuchten Länder, gefolgt von Afghanistan und dem Irak.**

Am anderen Ende der Skala steht Island als friedfertigster Staat, Deutschland auf Rang 16 gilt mit 1,5 Punkten ebenfalls als weitgehend konfliktfrei und sicher.

Ein wirtschaftlicher Vergleich zwischen konfliktträchtigen und -freien Ländern würde jedoch ein verzerrtes Bild liefern, da die im

Weltfriedensindex bestplatzierten Staaten meist hoch entwickelte Industrienationen sind, während sich am unteren Ende vor allem Entwicklungs- und Schwellenländer finden.

Aussagekräftiger ist es, die konfliktreichen Staaten mit allen 154 Schwellen- und Entwicklungsländern zu vergleichen:

**Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist in jenen Ländern, die im aktuellen Weltfriedensindex mehr als 3 Punkte haben, im Schnitt der Jahre 2008 bis 2017 lediglich um 1,8 Prozent gewachsen. In den**

## Schwellen- und Entwicklungsländern insgesamt betrug der jahresdurchschnittliche Anstieg dagegen 5,1 Prozent.

Auch der Anteil der Investitionen am BIP war in den konfliktreichen Ländern im Schnitt der vergangenen zehn Jahre mit knapp 20 Prozent deutlich niedriger als im Mittel aller Schwellen- und Entwicklungsländer (32 Prozent). Zudem erzielten die Krisenländer nur ein halb so hohes Exportwachstum.

Um den Einfluss von Krisen auf die wirtschaftliche Entwicklung noch besser herauszufiltern, hat das IW mithilfe des Weltfriedensindex jene Länder identifiziert, in denen seit 2008 ein Konflikt ausgebrochen ist beziehungsweise sich besonders verschärft hat. Dann wurden wichtige ökonomische Daten während der akuten Krisenjahre mit der Zeit davor und danach verglichen. Einige beispielhafte Ergebnisse (Grafik):

**In Libyen brach die Wirtschaft im Zuge des Bürgerkriegs von 2011 um fast ein Drittel ein; im Jemen schrumpfte das reale BIP nach der militärischen Intervention Saudi-Arabiens um nahezu ein Fünftel.**

Auch in der Ukraine führte der Konflikt mit Russland und speziell der Verlust der Krim zu einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

In Afghanistan war dies infolge der Verschärfung der Spannungen in den Jahren 2008 und 2009 nicht zu beobachten – was aber wohl daran liegt, dass der langjährige Konflikt die Wirtschaft schon zuvor weitgehend zum Erliegen gebracht hatte. Und im Südsudan bedeutete bereits der politisch angeordnete Stopp der Ölförderung 2012 – ein Jahr vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs – nahezu den Totalausfall sämtlicher Staatseinnahmen.

Im Zuge der Konfliktverschärfung verringerten sich in den meisten Län-

dern auch die Investitionsquoten – die Investitionen schrumpften also noch stärker als das BIP. Zudem brach vielerorts der Handel mit dem Ausland ein. Der Jemen beispielsweise importierte 2015 und 2016 gut 64 Prozent weniger Waren als in den beiden Jahren zuvor. Und in Libyen schrumpften die Warenimporte 2010/2011 um fast 35 Prozent und die Exporte um 26 Prozent.

Die Konsequenzen all dieser Konflikte für die deutsche Wirtschaft waren bislang überschaubar – schon deshalb, weil die Anteile der Krisenländer am deutschen Außenhandel gering sind. Kaltlassen können Deutschland die Konfliktherde trotzdem nicht. Schließlich ist seine

exportorientierte Volkswirtschaft in besonderem Maß vom Wohl und Wehe anderer Länder abhängig. Die Ölpreisschocks der 1970er Jahre haben zudem gezeigt, wie schnell regionale kriegerische Auseinandersetzungen weltwirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen können. Sollten sich etwa die Spannungen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien verschärfen, könnte dies auch für die deutsche Wirtschaft erhebliche negative Auswirkungen haben.

### Aus IW-Trends 1/2018

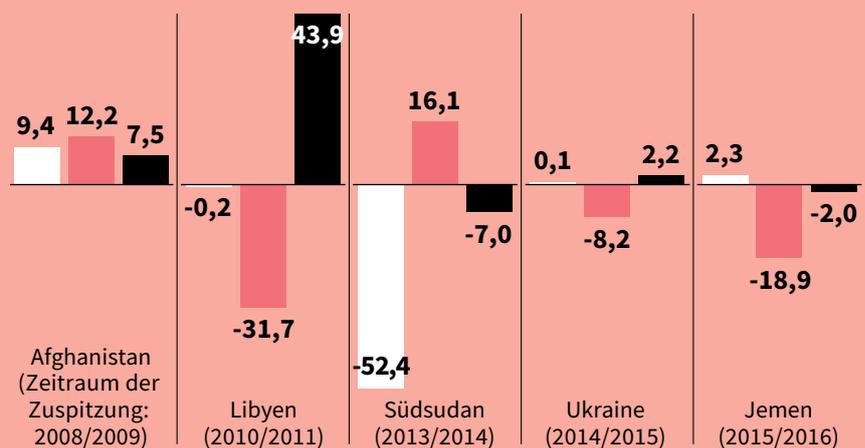
Hubertus Bardt: Auswirkungen intensiver und eskalierender Konflikte auf die Wirtschaftsleistung und den deutschen Außenhandel  
[iwkoeln.de/konfliktlaender](http://iwkoeln.de/konfliktlaender)

## Krisenländer: Auch wirtschaftlich geschwächt

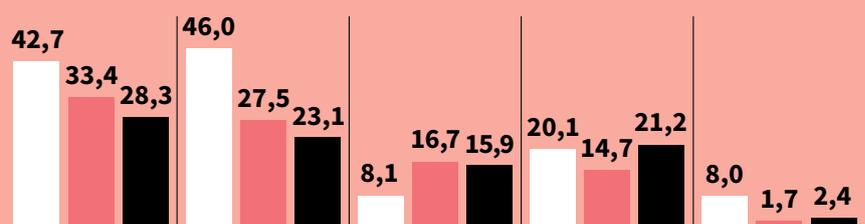
Entwicklung zentraler Wirtschaftsindikatoren in ausgewählten Krisenländern jeweils zwei Jahre vor, während und nach der Zuspitzung des Konflikts

■ Vorher ■ Während ■ Danach

**Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP), durchschnittliche Veränderung gegenüber dem vorherigen Zweijahreszeitraum in Prozent**



**Investitionen in Prozent des BIP**



Krisenländer: Anstieg des Global Peace Index um mindestens 0,3 Punkte in einem Jahr und um insgesamt mindestens 0,5 Punkte im Zeitraum 2008 bis 2017; Südsudan: BIP-Daten „Vorher“ nur für 2012; Jemen: Daten „Danach“ nur für 2017

Ursprungsdaten: Institute for Economics and Peace, Internationaler Währungsfonds  
© 2018 IW Medien / iwd

# Grenzen dicht – Probleme gelöst?

**Leistungsbilanz.** Im Streit um den Handel wird exportorientierten Ländern wie Deutschland oft vorgeworfen, auf Kosten der anderen hohe Überschüsse zu erzielen. Tatsächlich gibt es dafür aber einen Grund, den Deutschland nicht beeinflussen kann – die globalen Investitionen.

So mancher Kritiker der deutschen Überschüsse möchte das Problem am liebsten protektionistisch lösen – nach dem Motto: Grenzen dicht, alles gut. Wer jedoch rational an die Sache herangeht, der findet für die Ungleichgewichte zwei logische Erklärungen:

**Die Nachfrage:** Bei einem Leistungsbilanzdefizit überschreitet die gesamtwirtschaftliche Nachfrage eines Landes seine Produktion und seine Einkommen. Deshalb müssen Defizitländer diese Lücke über den Import von Gütern und Kapital füllen. Ein Beispiel dafür sind die USA: Dort treibt die Regierung das Staatsdefizit im kommenden Jahr voraussichtlich weit über 1 Billion Dollar – und muss deshalb viel Geld im Ausland aufnehmen. Auch die Güternachfrage können die Amerikaner nicht aus eigener Kraft bedienen.

**Das Angebot:** Produktion und Nachfrage können auch auseinanderdriften, weil eine Volkswirtschaft eine bestimmte Faktorausstattung – gemeint sind die Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital – hat oder über eine historisch gewachsene Wirtschaftsstruktur verfügt. Die rohstoffreichen Länder zum Beispiel erwirtschaften in Phasen hoher Rohstoffnachfrage und gleichzeitig steigender Preise große Überschüsse. Daran können selbst flexible Wechselkurse nichts ändern.

Auch für die deutschen Überschüsse ist die Angebotsseite

## Deutsche Leistungsbilanz:

### Abhängig von globalen Investitionen

in Milliarden Dollar



Ursprungsdaten: Internationaler Währungsfonds  
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

ausschlaggebend – Deutschlands Alleinstellungsmerkmal ist der hohe Anteil von Investitionsgütern an seiner gesamtwirtschaftlichen Produktion. Wie die deutsche Leistungsbilanz mit den globalen Investitionen zusammenhängt, zeigt der Zeitraum 1995 bis 2017 (Grafik):

**Von 1995 bis 2002** stagnierten die globalen Investitionen bei etwa 7.500 bis 8.200 Milliarden Dollar pro Jahr – und die deutsche Leistungsbilanz schrieb rote Zahlen.

**Von 2003 bis 2008** stiegen die weltweiten Investitionen von rund 8.900 auf 16.000 Milliarden Dollar, insbesondere wegen der hohen Nachfrage aus Schwellen- und Entwicklungsländern – und Deutschland erzielte Jahresüberschüsse von bis zu gut 230 Milliarden Dollar.

In den vergangenen vier Jahren ließ die schleppende Nachfrage den deutschen Exportüberschuss dann wieder auf der Stelle treten. Freuen sollten sich die Kritiker darüber allerdings nicht, tragen doch Investitionsgüter made in Germany in anderen Ländern dazu bei, Produktionspotenziale zu erneuern, sodass die Wirtschaft dort stärker wachsen kann.

#### IW-Kurzbericht 18/2018

Michael Grömling: Deutsche Leistungsbilanzüberschüsse im Fokus der Protektionisten

[iwkoeln.de/leistungsbilanz](http://iwkoeln.de/leistungsbilanz)



Eine interaktive Grafik zu den weltweiten Leistungsbilanzen finden Sie unter [iwkoeln.de/grafik\\_leistungsbilanz](http://iwkoeln.de/grafik_leistungsbilanz)

# Mit guten Taten Geld verdienen

**Social Entrepreneurs.** Das Ziel eines Unternehmens ist es normalerweise, einen möglichst hohen Gewinn zu erwirtschaften. Soziale Aspekte stehen zumeist nicht im Vordergrund. Social Entrepreneurs zeigen jedoch immer häufiger, dass sich beides vereinbaren lässt.

Deutschland klagt über Fachkräftemangel – einerseits. Andererseits leben hierzulande viele Flüchtlinge, die arbeitslos sind, obwohl sie studiert oder in ihrer Heimat bereits einen Beruf ausgeübt haben. Das junge Münchener Unternehmen Social-Bee hat daraus eine Geschäftsidee gemacht: Es qualifiziert Flüchtlinge mit beruflichen Vorkenntnissen weiter, vermittelt sie zunächst als Zeitarbeitnehmer an Unternehmen – und hilft ihnen auf diese Weise, einen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu finden.

Social-Bee ist ein typischer Vertreter einer immer stärker aufkommenden Form des Unternehmertums: Für sogenannte Social Entrepreneurs ist der gesellschaftliche Nutzen mindestens genauso wichtig wie der Unternehmensgewinn. Mit ihren innovativen Lösungsansätzen ergänzen die Sozialunternehmen staatliche Institutionen – und haben einen klaren Vorteil: Weil private Unternehmen gesetzlich nicht so stark reglementiert sind wie es das Angebot des Staates beispielsweise im medizinischen Bereich und in der Pflegebranche ist, können sie neue Wege einfacher austesten.

Hotspot der deutschen Social-Entrepreneurship-Szene ist die Bundeshauptstadt (Grafik):

**In Berlin sind bereits 67 junge soziale Unternehmen im Social Entrepreneurship Netzwerk Deutschland (SEND) organisiert – und damit weit mehr als in allen anderen Bundesländern.**

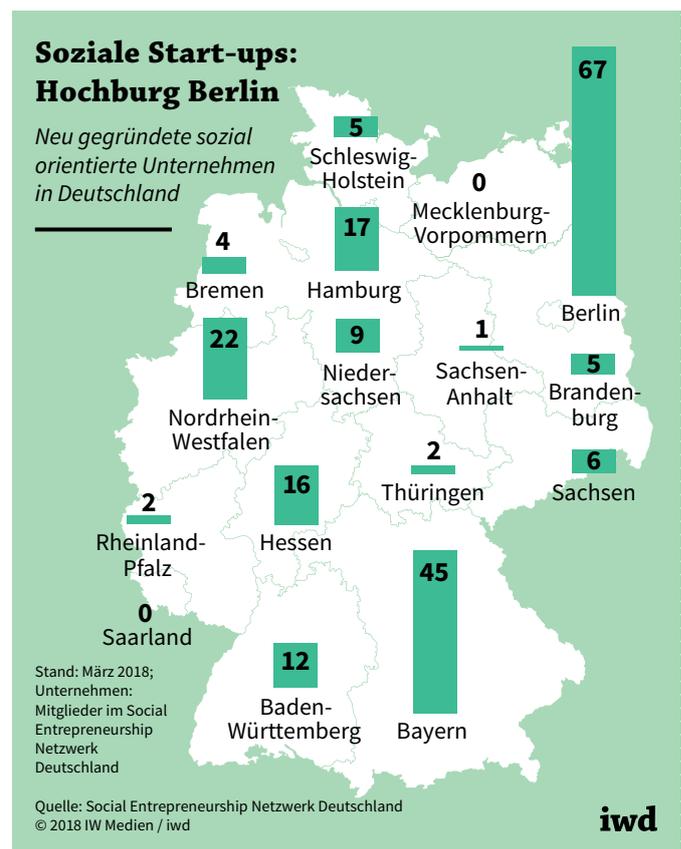
Diese Vorreiterrolle hat mehrere Gründe: Zum einen ist Berlin ohnehin Deutschlands Start-up-Hochburg, zum anderen sind die sozialen Probleme an der Spree trotz des kräftigen Wirtschaftsaufschwungs der vergangenen Jahre weiterhin nicht zu übersehen. Hinzu kommt, dass viele Hochschulabsolventen nach ihrem Abschluss nicht nur Geld verdienen, sondern etwas gesellschaftlich Relevantes tun möchten.

Social Entrepreneurship ist generell ein eher urbanes Phänomen: Von Bayerns 45 sozialen Neugründungen im SEND sind allein 28 in München beheimatet. Und der Stadtstaat Hamburg landet mit 17 Gründungen auf Platz

vier hinter dem einwohnerstärksten Bundesland Nordrhein-Westfalen mit 22 sozialen Start-ups.

Eine Schwachstelle der Social Start-ups ist die Finanzierung. Als eine Art Hybrid aus Unternehmen und gemeinnütziger Organisation fallen sie hierzulande oft durch das Raster: Ob staatliche Fördermittel, Fremdkapital oder Private Equity – alle Finanzierungsinstrumente fokussieren meist entweder auf klassische Gründungen oder sind auf rein gemeinnützige Vorhaben beschränkt.

Großbritannien macht vor, wie es besser geht: Der öffentliche Fonds „Big Society Capital“ investiert gemeinsam mit – zumeist privaten – Co-Investoren gezielt in Sozialunternehmen. Ende 2017 standen so bereits mehr als 1 Milliarde Pfund an Investitionskapital für soziale Start-ups zur Verfügung.



# Die Velos rollen

**Fahrradindustrie.** *Noch nie waren die Deutschen so fahrrad-begeistert wie heute. Und noch nie gaben sie so viel Geld für ihren zweirädrigen Untersatz aus. Doch trotz aller Rekordzahlen – die heimischen Hersteller profitieren davon nicht.*

Bekennende Velozipedenisten haben es längst erkannt: Das Fahrrad ist das neue Auto. Denn tatsächlich ist das Rad dem Auto verkehrstechnisch mitunter überlegen, vor allem in den chronisch verstopften Großstädten.

In Kopenhagen, Europas Fahrradmetropole schlechthin, machen Radfahrer schon fast die Hälfte des gesamten Verkehrs aus. Dank Rad-schnellwegen, Fahrradbrücken und breiten Fahrbahnen, die für Radler reserviert sind, ist das Velo in der dänischen Hauptstadt zum beliebtesten Verkehrsmittel avanciert.

Auch in Deutschland will nicht nur mehr Münster als fahrradfreundliche Stadt gelten. Berlin, Bonn, Hamburg, München – alle basteln an Verkehrskonzepten und Mobilitätsgesetzen, die das Fahrrad in den Mittelpunkt stellen.

Von diesem Trend profitiert auch die Fahrradindustrie. Laut Zweirad-Industrie-Verband (ZIV), dem rund 90 Hersteller und Importeure von Fahrrädern, E-Bikes und Zubehör angehören, kauften die Verbraucher in Deutschland im Jahr 2017 für knapp 2,7 Milliarden Euro neue Räder. Das war gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 3,2 Prozent.

Besonders beliebt sind Elektro-fahrräder (Grafik Seite 11):

**2017 wurden in Deutschland 720.000 E-Bikes abgesetzt, das waren 19 Prozent mehr als 2016.**

Damit haben inzwischen nahezu 20 Prozent aller in Deutschland verkauften Fahrräder einen Elektromotor. Und dabei dürfte es nicht bleiben. Mittelfristig rechnet der ZIV mit einem Marktvolumen von 25 Prozent, langfristig sogar mit bis zu 35 Prozent.

Verkauft werden fast nur Modelle mit einer Maximalgeschwindigkeit von 25 km/h. Der Anteil der schnellen E-Bikes, die 45 km/h fahren und für die eine Versicherungs- und Helmpflicht besteht, ist noch verschwindend klein: Von 100 Elektro-rädern, die 2017 in Deutschland verkauft wurden, war nur eins ein E-Bike 45 (Grafik Seite 11).

Aufgrund ihrer Geschwindigkeit sind die schnelleren E-Bikes eigentlich gut geeignet für Pendler. Doch anders als ihre gemächlicheren Kollegen haben sie einen entscheidenden Nachteil: Sie dürfen nicht auf Radwegen genutzt werden.

Populärer als schnelle E-Bikes sind E-Lastenräder. Deren Anschaffung wird seit Anfang März sogar staatlich gefördert, allerdings nur, wenn sie gewerblich genutzt werden. Dann übernimmt der Staat bei Neuanschaffungen 30 Prozent der Kosten, immerhin bis zu 2.500 Euro je Fahrrad. Auch einzelne Kommunen haben Förderprogramme aufgelegt, München beispielsweise bezuschusst sogar den Kauf von privat genutzten Lastenpedelecs.

## Fahrradindustrie in Zahlen

Hersteller von Fahrrädern und Behindertenfahrzeugen im Jahr 2017 in Deutschland

■ Veränderung gegenüber 2016 in Prozent

<b>Gesamtumsatz</b> in Millionen Euro	-19,0
<b>1.016</b>	
Inlandsumsatz in Millionen Euro	-23,2
<b>634</b>	
Auslandsumsatz in Millionen Euro	-10,7
<b>382</b>	
<b>Exporte</b> in Prozent des Umsatzes	3,8
<b>37,6</b>	
<b>Beschäftigte</b>	-19,2
<b>4.095</b>	
<b>Betriebe</b>	-2,3
<b>24</b>	

**Umsatz je Beschäftigten im Jahr 2017**  
in 1.000 Euro

Herstellung von Fahrrädern und Behindertenfahrzeugen	<b>248,1</b>
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	<b>324,5</b>

Angabe für Betriebe ab 50 Mitarbeitern  
Exporte in Prozent des Umsatzes: Veränderung  
in Prozentpunkten

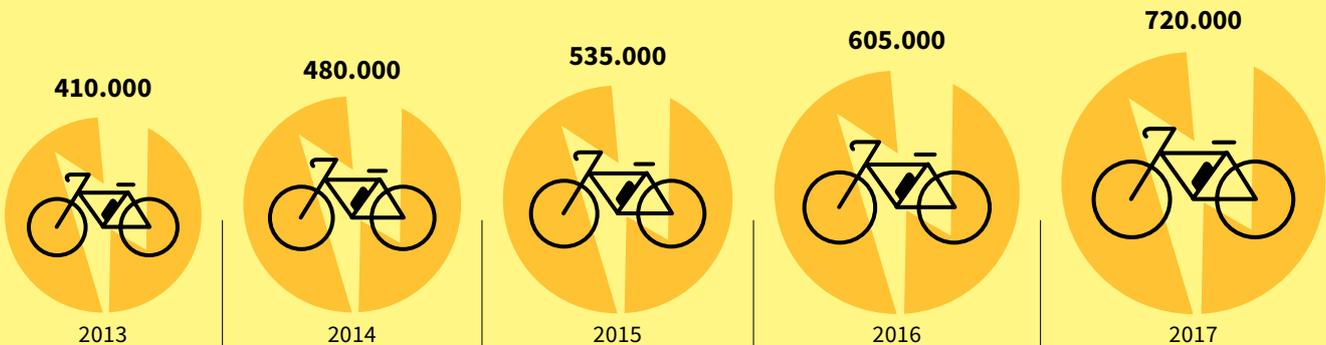
Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt  
© 2018 IW Medien / iwd

**iwd**

Ein noch recht neues Segment sind E-Bikes für Kinder. Mit höchstens 20 km/h sind diese Räder etwas langsamer als die für Erwachsene. Ob sie jedoch zum Verkaufsschlager werden, ist fraglich – denn auch Kinder-E-Bikes kosten mitunter mehr

## Immer mehr E-Bikes

So viele E-Bikes wurden in Deutschland verkauft



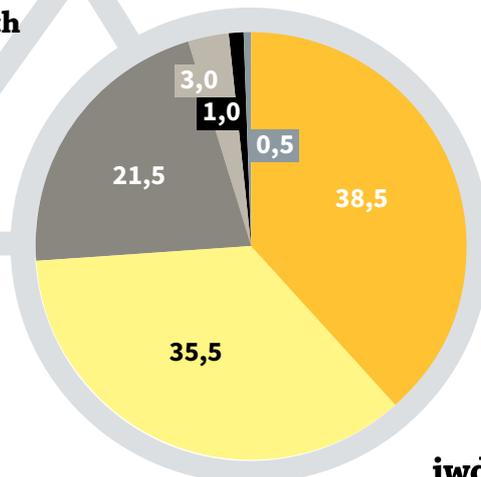
Quelle: Zweirad-Industrie-Verband  
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

## E-Bikes: Gemütlich, sportlich oder schnell?

So viel Prozent der 2017 in Deutschland verkauften E-Bikes entfielen auf ...

- ... E-Cityräder
- ... E-Trekkingräder
- ... E-Mountainbikes
- ... E-Lastenräder
- ... versicherungspflichtige schnelle E-Bikes
- ... sonstige E-Bikes



Quelle: Zweirad-Industrie-Verband  
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

als 2.000 Euro. Andererseits ermöglicht die elektrische Trethilfe gemeinsame Familienaktivitäten wie Rad-Bergtouren, von denen Achtjährige mangels Kondition bislang ausgeschlossen waren.

Der Fahrradboom zeigt sich auch am Bestand:

**Nach Einschätzung des ZIV gab es im Jahr 2017 in Deutschland 73,5 Millionen Räder, darunter rund 3,5 Millionen E-Bikes.**

Zum Vergleich: Im Jahr 2006 besaßen die Deutschen erst 67 Millionen Räder.

Doch nicht nur die Zahl der Räder steigt, auch die Preise erhöhen sich sukzessive. Im Jahr 2017 betrug der durchschnittliche Verkaufspreis

eines Fahrrads knapp 700 Euro, nur zwei Jahre vorher war er mit rund 560 Euro deutlich niedriger.

Da in diese Durchschnittspreise auch die Verkaufspreise für E-Bikes eingerechnet sind, ist zwar einerseits klar, dass die Ausgaben pro Rad gestiegen sind. Andererseits verweist der Verband aber auch darauf, dass es generell einen Trend zu höherer Qualität und längerer Nutzungsdauer auf dem deutschen Fahrradmarkt gebe.

Die deutschen Fahrradhersteller profitieren von den steigenden Umsätzen der Branche allerdings nur bedingt. So ist ihr Umsatz 2017 mit rund 1 Milliarde Euro um 19 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken

(Grafik Seite 10). Das lag in erster Linie an der stark rückläufigen Inlandsnachfrage, doch auch der Auslandsumsatz ging um mehr als 10 Prozent zurück.

Für diesen Einbruch gibt es mehrere Gründe. Zum einen hat die Mifa, einst Deutschlands größter Fahrradproduzent mit Sitz in Sachsen-Anhalt, im Januar 2017 erneut Insolvenz angemeldet. Die Firma existiert zwar weiterhin als Sachsenring Bike Manufaktur, hat aber statt ehemals 520 Mitarbeitern nur noch 130 Beschäftigte.

Zum anderen findet die Fahrradproduktion zu großen Teilen im Ausland statt. Die Rahmen beispielsweise werden fast ausschließlich in Asien gebaut. Es gibt zwar noch einzelne Hersteller in Deutschland, doch selbst Fahrradmanufakturen, die Räder nach dem Baukastensystem zusammensetzen, lassen ihre Rahmen in der Regel im Ausland schweißen.

Knapp die Hälfte aller 2017 nach Deutschland importierten Fahrräder stammte aus Kambodscha, Polen und Bulgarien. Die größten Lieferländer für E-Bikes waren Ungarn, China und Vietnam, aus denen 2017 rund 54 Prozent der eingeführten Räder kamen.

Adressaufkleber

**Impressum**

**Herausgeber:**  
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.  
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff  
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther  
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

**Chefredakteur:** Ulrich von Lampe (verantwortlich)  
**Stellv. Chefredakteur:** Jork Herrmann  
**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf, Kerstin Schraff, Alexander Weber  
**Redaktionsassistent:** Ines Pelzer  
**Grafik:** IW Medien GmbH  
**Telefon:** 0221 4981-523  
**Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iwd@iwkoeln.de

**Bezugspreis:**  
 € 11,32/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

**Abo-Service:** Therese Hartmann,  
 Telefon: 0221 4981-443,  
 hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:**  
 Institut der deutschen Wirtschaft  
 Köln Medien GmbH,  
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

**Druck:** Henke GmbH, Brühl  
 Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über:  
 lizenzen@iwkoeln.de



# Top-Liste: Grüne Energien

Nicht nur Deutschland strebt die Energiewende an – die gesamte EU will langfristig auf erneuerbare Energien umsteigen. Als erste große Wirtschaftsregion hat sie ein konkretes Ziel vorgelegt: Bis 2030 sollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen der EU im Vergleich zu 1990 um mindestens 40 Prozent verringert werden, der Anteil an erneuerbaren Energien soll auf 27 Prozent steigen. Alle Mitgliedsstaaten wurden dazu verpflichtet, umfangreiche nationale Klimaschutzprogramme vorzulegen.

Deutschland will bis 2050 sogar mindestens 80 Prozent weniger CO<sub>2</sub> emittieren. Um das zu schaffen, muss Deutschland von fossilen Brennstoffen wie Erdöl, Erdgas und Kohle auf erneuerbare Energien umsteigen.

Das nächste Etappenziel der neuen Bundesregierung: Bis 2030 soll der Anteil an erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung rund 65 Prozent betragen. Das ist sehr ambitioniert, denn bislang landet Deutschland im europäischen Vergleich eher hinten, was die Nutzung von Wind-, Wasser- und Solarenergie angeht. Fortschrittlicher sind das Baltikum sowie süd- und osteuropäische Länder: In Kroatien zum Beispiel deckten die Verbraucher bereits 2016 die Hälfte ihres Energieverbrauchs mit erneuerbaren Energien. Weniger grün sind dagegen Irland und die Slowakei: Sie kommen nicht einmal auf 2 Prozent erneuerbare Energien.

## Zahl der Woche



# 18 Prozent

der Studenten in Deutschland erhielten laut der 21. Sozialerhebung im Jahr 2016 Bafög. So niedrig war die Quote seit Beginn der 1990er Jahre nicht. Auf dem Höhepunkt, im Jahr 1991, bezogen 33 Prozent der Hochschul学生 die staatliche Unterstützung. Ursache für den drastischen Rückgang ist, dass die Einkommensgrenzen der Eltern – die für die Förderberechtigung ausschlaggebend sind – nur selten angepasst werden. Dies geschah zuletzt zum Wintersemester 2016/17, doch dieser Effekt wird sich erst in den Daten für das Jahr 2017 niederschlagen. Davor wurden die Einkommensgrenzen ganze sieben Jahre lang nicht erhöht.

### Das Öko-Gefälle

So viel Prozent des Energieverbrauchs der privaten Haushalte in der EU entfielen 2016 auf erneuerbare Energien

1. Kroatien	47,5	24. Luxemburg	5,6
2. Slowenien	45,9	25. Niederlande	4,8
3. Estland	41,2	26. Vereinigtes Königreich	4,4
4. Rumänien	40,2	27. Slowakei	1,8
5. Lettland	39,4	28. Irland	1,7
...			
21. Deutschland	11,6		
...			

Energieverbrauch: z. B. für Heizung, Klimaanlage, Warmwasser, Kochen, Beleuchtung oder Betrieb von Haushaltsgeräten

Quelle: Eurostat  
 © 2018 IW Medien / iwd

